

Die Vorbereitung von Industrie und Staatsfinanzen auf den Krieg

Michael Pammer

Informierte Zeitgenossen, die sich in den ersten Monaten des Krieges die Frage stellten, wie gut man auf das Geschehen vorbereitet gewesen sei, dachten vor allem an die militärische Seite, also an Mannschaftsstärken, Ausbildung, Ausrüstung und Pläne für Truppenbewegungen. Der Universitätsprofessor und Reichsratsabgeordnete Josef Redlich, der 1918 für zwei Wochen der letzte Finanzminister der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder sein sollte, erwähnt in seinen Tagebüchern immer wieder Einschätzungen von Politikern, Diplomaten und Militärs, mit denen er vielfältigen Kontakt hatte. Außenminister Berchtold wusste Anfang 1915, fünf Tage vor seinem Rücktritt, nach einem Besuch im Hauptquartier zu berichten, „Conrad habe ihm auseinandergesetzt, die Deutschen seien für den Krieg gar nicht genügend vorbereitet gewesen, hätten sie unsere Mörser nicht gehabt, so wären sie nie über Lüttich und Namur hinausgekommen“.¹ Auch der Diplomat Graf Alexander Hoyos bezog sich etwa zur gleichen Zeit auf Kriegstechnik und Leistungen der Soldaten mit einer Äußerung, es „seien die Deutschen auch nicht besser als wir auf den Krieg vorbereitet gewesen“.²

Dass die Vorbereitung auf den Krieg auch eine Vorbereitung der Wirtschaft abseits des staatlichen Militärausgaben und der Ausrüstung, Ernährung und Besoldung der Armee erfordert hätte, wurde in den ersten Monaten des Krieges weniger diskutiert. Dass vor Kriegsausbruch und noch in den ersten Wochen außerhalb des Militärs die meisten nicht mit einem langen Krieg rechneten, kann man annehmen.³ Innerhalb des Militärs gab es auf der obersten Führungsebene realistischere Sichtweisen, wenngleich auch hier von einer einheitlichen Einschätzung nicht die Rede sein kann und Planungen nicht auf einen langen Abnutzungskrieg ausgerichtet wurden.⁴ Auch einzelne Personen schwankten in ihrer Einschätzung. So berichtet Helmuth Moltke 1905, dass er gegenüber Kaiser Wilhelm II. vom kommenden „Volkskrieg“ gesprochen habe, „der ein langes mühevolleres Ringen mit einem Lande sein wird, das sich nicht

1 Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936. Bd. 2: Tagebücher Josef Redlichs 1915–1936, Wien/Köln/Weimar 2011, 3 [8. 1. 1915].

2 Redlich, Schicksalsjahre Österreichs, Bd. 2, 10 [22. 1. 1915].

3 Matthias Rogg, „Kampf mit der Uhr“ – Zeit, Strecke und Geschwindigkeit im I. Weltkrieg, in: Hartmut Heller (Hg.), Gemessene Zeit – Gefühlte Zeit, Wien 2006, 267–280, hier 268–269.

4 Eingehend dazu Stig Förster, Der deutsche Generalstab und die Illusion des kurzen Krieges, 1871–1914: Metakritik eines Mythos, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 54 (1995), 61–95.

eher überwunden geben wird, als bis seine ganze Volkskraft gebrochen ist, und auch unser Volk, selbst wenn wir Sieger sein sollten, bis aufs äußerste erschöpfen wird“.⁵ (Allerdings ging es Moltke bei diesem Gespräch darum, den kindischen Kaiser davon abzubringen, weiterhin in Kriegsspielen selbst führen und unter unrealistischen Bedingungen immer gewinnen zu wollen.) 1912 sagte derselbe Moltke hingegen zum damaligen österreichisch-ungarischen Generalstabschef Blasius Schemua:

„[...] es sei naturgemäß die erste Absicht, den Gegner in West zuerst niederzuwerfen, was er in 4–5 Wochen hoffe, und dann den Ueberschuß an Kraft gegen Ost einzusetzen. Auf den Einwand, dass mir diese kurze Zeit sehr fraglich scheine und die ursprünglich in Ost bereitgestellte Kraft etwas gering sei, meinte Moltke, er könne eventuell noch weitere, aus Ersatzkörpern formierte Divisionen dorthin einsetzen, deren Operationsbereitschaft aber etwas später zu gewärtigen sei“.⁶

Ende Juli 1914 schätzte der deutsche Generalstabschef die Aussichten wiederum pessimistisch ein: „Dieser Krieg wird sich zu einem Weltkriege auswachsen, in den auch England eingreifen wird. Nur wenige können sich eine Vorstellung über den Umfang, die Dauer und das Ende dieses Krieges machen. Wie das alles enden soll, ahnt heute niemand.“⁷ Ein anderer Fachmann, der es ähnlich sah, war Lord Herbert Kitchener: „The accepted view was that the war would be a short one, but Kitchener with unerring foresight told an astonished (and, according to Churchill, a sceptical) Cabinet that [...] the war would last at least three years.“⁸ Außer Moltke und Kitchener äußerte sich auch General Joseph Joffre bereits 1912 ähnlich, vom älteren Moltke und etlichen anderen gibt es schon frühere Belege.⁹

Unter Beobachtern wie Redlich und Beteiligten wie Generalstabschef Conrad von Hötzendorf war ein kurzer Krieg zwar offensichtlich keine feststehende Tatsache, aber eine durchaus mögliche Variante:

„Conrad schien diese Idee zu billigen und er stimmte mir auch zu, als ich sagte: ‚Sobald wir das, was wir wollen, erreicht haben, wäre es gut, mit Rußland Frieden zu schließen.‘ [...] Conrad stimmte prinzipiell meiner Idee zu

5 Eliza von Moltke, Generaloberst Helmuth von Moltke. Erinnerungen. Briefe. Dokumente. 1877–1916. Ein Bild vom Kriegsausbruch, erster Kriegsführung und Persönlichkeit des ersten militärischen Führers des Krieges, Stuttgart 1922, 308.

6 Blasius Schemua, Bericht über meinen Aufenthalt in Berlin am 22. [11. 1912], zit. nach Günther Kronenbitter, Die militärische Planung der k. u. k. Armee und der Schlieffenplan, in: Hans Ehlert/Michael Epkenhans/Gerhard P. Groß (Hg.), Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, Paderborn u. a. ³2007, 204–220, hier 218.

7 Moltke an Haefen, zit. nach Gerhard P. Groß, There was a Schlieffen Plan. Neue Quellen, in: Ehlert u. a. (Hg.), Der Schlieffenplan, 117–160, hier 157, Anm. 187.

8 David Fromkin, A peace to end all peace. The fall of the Ottoman Empire and the creation of the modern Middle East, New York 2009, 83.

9 Barbara Tuchman, August 1914, Frankfurt 1990, 132; Förster, Generalstab, 61–95.

und meinte: ‚Da könnte also Ihrer Meinung nach der Krieg ein kurzer sein. Aber wird sich Rußland unterwerfen?‘ Ich wies auf die unausbleibliche Revolution in Petersburg und in den russischen Industriebezirken hin.¹⁰

Noch Ende 1914 schrieb Redlich von einem Krieg, dessen Ende er offenbar für 1915 erwartete: ‚Ich hoffe, dass vernünftige Demokratie aller Völker und die kräftige Entwicklung der kleinen Nationen das gute Endergebnis sein wird. Erleben wir dies, dann ist das Schreckensjahr 1914/15 nicht umsonst gewesen.¹¹‘

Wengleich also einzelne Militärs im Zentrum des Geschehens die Kriegsdauer richtig einschätzten, dominierte insbesondere unter Politikern doch die Erwartung eines kurzen Krieges, wofür die bekannte Äußerung Kaiser Wilhelms typisch ist.¹² Wenn in öffentlichen Äußerungen die Möglichkeit eines umfassenden Krieges in Betracht gezogen wurde, dann war damit in erster Linie ein Krieg mit Beteiligung aller Mächte, aber nicht unbedingt ein langer Krieg gemeint. Am 29. Juli 1914 schrieb der frühere ungarische Innenminister (und am Ende der letzte österreichisch-ungarische Außenminister) Gyula Andrassy in der *Neuen Freien Presse* ausdrücklich von der Möglichkeit eines „Weltkriegs“ (zu dieser Zeit schon lange kein neuer Begriff mehr) und nannte einen solchen Krieg „dieses katastrophale, fürchterliche Ereignis, dem nichts gleicht, was Menschen bisher erlebt haben“, hielt ihn aber nach einigen Hin und Her für „nicht einmal wahrscheinlich“.¹³

Wesentlich für die Frage nach der Vorbereitung der Gesamtwirtschaft auf den Krieg ist vor allem die Sichtweise der politischen Entscheidungsträger, die aus den Äußerungen von Abgeordneten und Ministern bis hin zum britischen Kabinett deutlich wird. Diese Erwartung eines kurzen Krieges ist auch deshalb erstaunlich, weil sie im Gegensatz zu den Erfahrungen der vorangegangenen Jahrzehnte stand. Der einzige Krieg in Dauer weniger Monate, in den zwei größere europäische Mächte involviert waren, war der Preußisch-Deutsche Krieg 1866. Allerdings gab es mehrere derartige Kriege in der Dauer von bis zu einem Jahr (Deutsch-Französischer Krieg 1870/71, Russisch-Osmanischer Krieg 1877/78, Italienisch-Türkischer Krieg 1911/12), und mehrere kurze Kriege unter kleinen Mächten, zuletzt auf dem Balkan. Die ganz anderen Erfahrungen aus dem Krimkrieg, Amerikanischen Bürgerkrieg, Zweiten Burenkrieg und Russisch-Japanischen Krieg waren offenbar nicht zwingend genug.

10 Schicksalsjahre Österreichs. Die Erinnerungen und Tagebücher Josef Redlichs 1869–1936. Bd. 1: Erinnerungen und Tagebücher 1869–1914, Wien/Köln/Weimar 2011, 638 [22. 8. 1914].

11 Redlich, Schicksalsjahre Österreichs, Bd. 1, 695 [31.12.1914].

12 „How right Kitchener was in his prophecy that the war would last three years, and how strangely shortsighted now seems the light-hearted saying of the Kaiser to the troops in 1914 that they would be home again with their families before the leaves had fallen from the trees.“ Eintrag für Mai 1916: Evelyn, Princess Blücher, *An English Wife in Berlin. A Private Memoir of Events, Politics, and Daily Life in Germany throughout the War and the Social Revolution of 1918*, London 1921, 137.

13 Julius Andrassy, Weltkrieg oder lokaler Krieg, in: *Neue Freie Presse* vom 29. Juli 1914, 3.

Vorbereitung der Wirtschaft auf einen Krieg

Dass man sich auf einen langen Krieg anders vorbereitet hätte als auf einen kurzen, steht außer Frage. Ebenso kann man die Einschätzungen von Zeitgenossen akzeptieren, die von den wirtschaftlichen Vorbereitungen und den Vorgängen während des Krieges keinen guten Eindruck hatten, etwa jene des österreichischen Diplomaten Georg von Franckenstein, „der für einige Tage von Brüssel hierher gekommen ist. Er erzählte mir über die Gleichgültigkeit und Kopflosigkeit unserer Regierung in allen wirtschaftlichen Fragen.“¹⁴ Alexander Spitzmüller, bei Kriegsausbruch Generaldirektor der Credit-Anstalt und danach Minister in mehreren Ressorts, schreibt in seinen Memoiren (freilich mit dem Vorteil des zurückblickenden Beobachters):

„Die Vorbereitungen für einen Krieg waren nicht nur auf militärischem Gebiet, sondern auch in vielen anderen Zweigen der Verwaltung sehr intensiv gewesen. Merkwürdigerweise waren aber bezüglich der Ernährung keine Vorkehrungen getroffen worden, was wohl damit zusammenhing, dass man einen Krieg von längerer Dauer in den leitenden Kreisen damals nicht für wahrscheinlich hielt.“¹⁵

Ähnlich anderen kriegsrelevanten Faktoren (politische Institutionen, demografische Bedingungen, sozialpolitische Spielräume, Mentalitäten) veränderte sich im Lauf des Ersten Weltkriegs die Rolle der Wirtschaft insgesamt und der Industrie im Besonderen stark. Das war einerseits das unvermeidliche Ergebnis veränderter Randbedingungen, andererseits aber auch ein Ergebnis veränderter Wahrnehmung der Relevanz der Wirtschaft für strategische Überlegungen. In den strategischen Annahmen wurde die Wirtschaft von einem nur in kleinen Teilbereichen für relevant erachteten Faktor zu einem grundlegenden Element für die Planung.

Ein sinnvoller Ansatzpunkt für eine Darstellung dieses Vorgangs ist es, ihn aus entgegengesetztem Blickwinkel zu beobachten und die Wirtschaft als von vornherein, auch in der Friedenszeit, relevanten strategischen Faktor zu behandeln.¹⁶ In einer undifferenzierten Betrachtung stellt sich dann zunächst die Frage nach der Bestimmung des Kriegspotentials, das eine Volkswirtschaft im äußersten Fall erreichen kann. Der äußerste Fall ist die Verwendung des gesamten wirtschaftlichen Potentials für die Kriegführung. Dieses Potential entspricht zunächst dem Nettosozialprodukt in einem Friedensjahr. Dazu kommen

- verfügbare Reserven durch den Einsatz von im Frieden nicht genutzten Produktionsfaktoren (zum Beispiel Arbeitskräfte, die im Frieden nicht beschäftigt sind),

14 Redlich, Schicksalsjahre Österreichs II, 47, 11.5.1915.

15 Alexander Spitzmüller, „... und hat auch Ursach, es zu lieben.“, Wien u. a. 1955, 154.

16 Die folgenden Überlegungen orientieren sich im Wesentlichen an Alan S. Milward, Der Zweite Weltkrieg. Krieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945, München 1977, 38–43.

- außergewöhnliche Innovation (zum Beispiel Produktionsverfahren mit Substitution von Produktionsfaktoren oder die Erzeugung von Ersatzstoffen),
- die Verminderung von Ersatzinvestitionen und
- die Nutzung von externen Ressourcen, die im Frieden nicht zur Verfügung stehen (zum Beispiel die Ausbeutung besetzter Gebiete, Zwangsarbeit und so weiter).

Vermindert wird das Kriegspotential durch Kosten aufgrund

- des Einsatzes von Produktionsfaktoren für nichtproduktive Tätigkeiten (insbesondere Militärpersonal),
- der Störung des Handels und der dadurch verursachten Knappheit an Rohstoffen und anderen Produkten,
- von Effizienzverminderung (zum Beispiel aufgrund verwaltungsmäßig-plane-rischer Abläufe anstelle von friedensmäßigen Marktprozessen, aufgrund mangelnder Akzeptanz der Kriegsanstrengungen in der Bevölkerung oder aufgrund von effizienzmindernder Verwendung von Produktionsfaktoren, etwa von Arbeitskräften ohne einschlägige Ausbildung),
- der Vernichtung von Produktionsfaktoren (sowohl von Arbeitskräften als auch Kapital) durch Kriegshandlungen,
- des Verlusts von Ressourcen, die im Frieden zur Verfügung stehen würden (zum Beispiel durch Gebietsverluste).

Wesentlich ist erstens, dass einige der Faktoren, die das Potential vergrößern, in Wirklichkeit eher aus einer notgedrungenen Kompensation kriegsbedingter Beschränkungen resultieren (etwa im Fall der Rekrutierung neuer Arbeitskräfte oder der Entwicklung von Ersatzstoffen). Zweitens besteht ein beträchtlicher Spielraum für die Organisation einer Kriegswirtschaft je nach sozialen Kosten, politischer Verträglichkeit und so weiter. Dies betrifft auf der einen Seite die Rekrutierung von normalerweise nicht beschäftigten Personen als Arbeitskräfte, auf der anderen Seite das Ausmaß des zivilen Konsums und der zivilen Investitionen. Beides steht in engem Zusammenhang mit Mentalitäten, also mit der Bereitschaft der Bevölkerung, die Kosten des Krieges (demografische Kosten, erzwungene Erwerbstätigkeit, Konsumverzicht) zu tragen.

Dass im Krieg über die Allokation der Ressourcen anders entschieden wird als im Frieden, ändert am Kriegspotential prinzipiell nichts. Dass diese Allokation teilweise durch die Verwaltung gesteuert wird, ist naheliegend, weil im Krieg die Präferenzen des Staates gegenüber den sonstigen Präferenzen Vorrang erhalten und eine normale Preisbildung nicht zugelassen wird. Das Kriegspotential ist dadurch nur insoweit berührt, als die Verwaltung, wie angeführt, in der Allokation weniger effizient ist als der Markt in einer Friedenswirtschaft.

Das Kriegspotential, das sich auf diese Weise ergibt, könnte im äußersten Fall vollständig für Kriegsanstrengungen genutzt werden, jedenfalls in dem Sinn, dass es keine autonome zivile Wirtschaft mehr gibt. De facto ist es allerdings schwierig, eine

genaue Trennlinie zu ziehen. Eine wirklich vollständige Nutzung für die Kriegsanstrengungen wäre erst dann erreicht, wenn der zivile Sektor nur insoweit konsumiert und investiert, als es für die Befriedigung der Bedürfnisse des Militärs unabdingbar ist. Dieser Zustand wurde in Österreich im Ersten Weltkrieg nicht erreicht, da es bis zum Schluss eine Produktion gab, die zu den Kriegsanstrengungen nichts beitrug.

In welchem Ausmaß und unter welchen Modalitäten das Kriegspotential für Kriegsanstrengungen genutzt wird, ist eine Frage des strategischen Konzepts. Im Fall des Ersten Weltkriegs gab es bei keiner der beteiligten Mächte ein strategisches Konzept, das die Wirtschaft insgesamt umfasst hätte. Einzelne wirtschaftlich relevante Aspekte, vor allem die Störung des Arbeitsmarkts durch die Rekrutierung, wurden als vorübergehende Angelegenheit betrachtet. Der Grund für die Vernachlässigung der Wirtschaft in der strategischen Planung lag in der beschriebenen Erwartung einer kurzen Kriegsdauer. Die lange Dauer des Krieges führte insbesondere durch den gestörten Außenhandel und nichtproduktive Verwendung und den Verlust von Arbeitskräften zu einer deutlichen Einschränkung des Volkseinkommens. Die institutionellen Neuerungen dürften unter der Prämisse der militärischen Prioritäten eher zu einer Effizienzerhöhung geführt haben. Die Ersatzproduktionen haben einen Teil der Produktionsverluste ausgeglichen.¹⁷

Die Militärausgaben der Friedenszeit

Von einer wirtschaftlichen Vorbereitung auf den Krieg abseits militärischer Erfordernisse kann also kaum die Rede sein. Der wirtschaftliche Aspekt ist vor dem Krieg daher hauptsächlich im Sinn der Verteidigungsausgaben des Staates und der Adaptierung unmittelbar damit zusammenhängender Wirtschaftsbereiche relevant.

Die Militärausgaben Österreich-Ungarns in Friedenszeiten bestanden aus den Ausgaben des gemeinsamen Kriegsministeriums für Heer und Marine sowie den Ausgaben der Reichsratsländer und Ungarns für die jeweilige Landwehr.¹⁸ Zwischen

17 Vgl. in diesem Zusammenhang auch die anderen Beiträge in diesem Band.

18 Zu den Staatsfinanzen vor 1914: Michael Pammer, *Public Finance in Austria-Hungary, 1820–1913*, in: José Luís Cardoso/Pedro Lains (Hg.), *Paying for the Liberal State. The Rise of Public Finance in Nineteenth-Century Europe*, Cambridge 2010, 132–161. Die Zahlen (einschließlich der unten verwendeten Zahlen für die Kriegszeit) stammen aus folgenden Quellen: Haushalt des Kaisertum Österreich: Staats-Voranschlag für die am constituirenden Reichstage vertretenen Länder der österreichischen Monarchie für das Verwaltungsjahr 1849, Wien 1848; [Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie:] Versuch einer Darstellung der Oesterreichischen Monarchie in statistischen Tafeln, (1828), Wien 1829. Darstellung der Oesterreichischen Monarchie in Statistischen Tafeln, 2. Jg. (1829), Wien 1830; Tafeln zur Statistik der österreichischen Monarchie, Jg. 3–21 (1830–1848), Wien 1831–1853, Neue Folge 1–5 (1849–1865), Wien 1856–1871; Voranschlag des Staatserfordernisses und der Bedeckung, Militärjahre/Verwaltungsjahre 1821–1848, Bundesministerium für Finanzen, Bibliothek, XV 777; Rechnungs-Abschluß (Haupt-Rechnungs-Abschluß, Central-Rechnungs-Abschluß) über den gesammten Staatshaushalt der österreichischen Monarchie, 1848–1854, 1856–1859, Bundesministerium für Finanzen, Bibliothek, XV 777. Haushalt der Reichsratsländer: Central-Rechnungs-Abschluß über den Staats-Haushalt der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder, 1868–1916, vom k. k. Obersten Rechnungshofe für die im Reichsrathe vertretenen Königreiche und

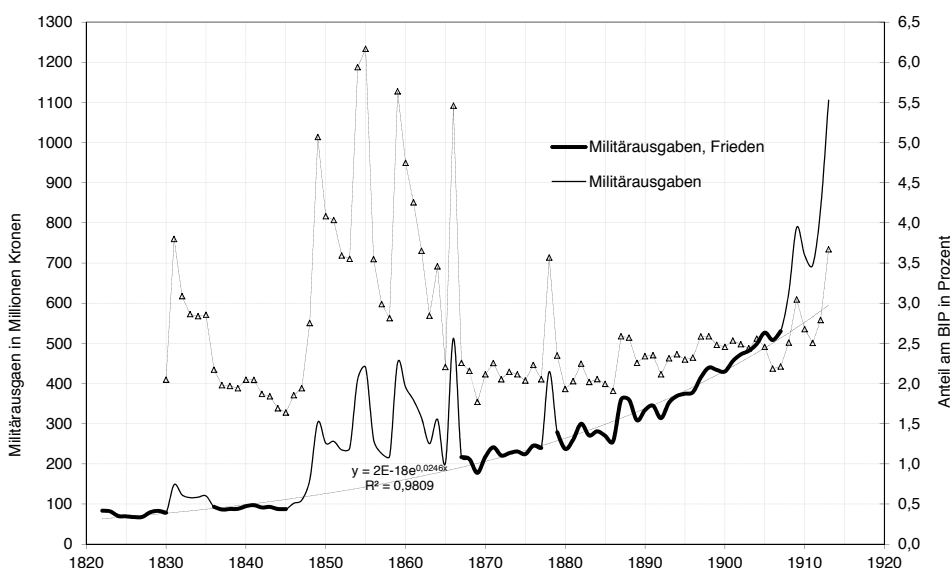
75 und 80 Prozent davon entfielen auf die gemeinsamen Ausgaben; die Ausgaben für die Landwehren in Österreich und Ungarn standen zueinander etwa im Verhältnis von 60 zu 40. Die Ausgaben des Kriegsministeriums machten über 95 Prozent der gemeinsamen Ausgaben aus (mit dem geringen Rest wurden das Außenministerium, das gemeinsame Finanzministerium und der gemeinsame Rechnungshof finanziert). Im Jahr 1913 betrug die gemeinsamen Ausgaben nach einem krisenbedingten kurzfristigen Anstieg 940 Millionen Kronen. Die Bedeckung kam zu etwa einem Viertel direkt aus den Zolleinnahmen (die aufgrund der stärkeren zisleithanischen Wirtschaft zu über 80 Prozent in Österreich anfielen), der Rest wurde aus den sonstigen Einnahmen der beiden Staaten finanziert. Für die Ausgabensteigerung 1913 wurden auch außerordentliche Kredite in großem Umfang aufgenommen. Alles zusammen gerechnet, bestritt Österreich 1913 knapp 70 Prozent der gemeinsamen Ausgaben, also etwas mehr, als der österreichische Anteil am gesamten Bruttoinlandsprodukt (bip) beider Staaten (63 bis 65 Prozent) ausmachte. Unter Einrechnung der Ausgaben für die Landwehren war der österreichische Anteil an den Militärausgaben etwas geringer, aber immer noch überproportional.

Bezogen auf die gesamten Staatsausgaben waren die Militärausgaben in den vorangegangenen Jahrzehnten gesunken. Das in der Literatur gerne für Ausgabenvergleiche herangezogene Jahr 1910 ist allerdings untypisch, weil zu dieser Zeit die Staatsausgaben ungewöhnlich stark anstiegen und die Quote des Militärs entsprechend geringer ausfiel.¹⁹ Für die Einschätzung der Bedeutung des Militärs ist das aber belanglos, da

Länder, 1869–1917; Verordnung des Gesamtministeriums vom 22. August 1917 über den Staatsrechnungsabschluß des Verwaltungsjahres 1916/17, RGBl 349/1917; Verordnung des Gesamtministeriums vom 30. Juli 1918 über den Staatsrechnungsabschluß des Verwaltungsjahres 1917/18, RGBl 286/1918. Gemeinsamer Haushalt: Schluß-Rechnung über den allen Königreichen und Ländern der österreichisch-ungarischen Monarchie gemeinsamen Staatshaushalt, vom k. u. k. gemeinsamen Obersten Rechnungshofe, Wien 1868–1913. Staatsschulden der Reichsratsländer: Ausweis über den Stand der gesamten consolidirten Staatsschuld, dann der nicht gemeinsamen schwebenden Schuld und der Grundentlastungs-, endlich der consolidirten garantierten Landesschulden von den im österreichischen Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, verfasst von der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes, 1868–1878, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1868–1879; Ausweis über den Stand der Schulden von den im Reichsrathe vertretenen Königreichen und Ländern, verfasst von der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes, 1879–1886, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1879–1887; Nachweisung über den Stand der Staatsschulden, verfasst von der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes, 1887–1903, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1887–1903; Nachweisung der Staatsschulden-Kontroll-Kommission des Reichsrates über den Stand der Staatsschulden, 1903–1917, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1904–1918. Staatsschulden des Kaisertums Österreich und gemeinsame Staatsschuld: Ausweis über den Stand der gesamten österreichischen Staatsschuld, verfasst von der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes, 1860–1867, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1860–1867; Ausweis über den Stand der allgemeinen Staatsschuld, verfasst von der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes, 1879–1886, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1879–1887; Ausweis über den Stand der gemeinsamen schwebenden Staatsschuld, verfasst von der Staatsschulden-Commission des Reichsrathes, 1868–1886, Beilagen zum amtlichen Theile der „Wiener Zeitung“, Wien 1868–1887.

19 Der Vergleich von 1870 mit 1910 ist daher nach diesem Indikator irreführend; vgl. Manfred Rauchensteiner, *Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918*, Wien/Köln/

die Ausgabensteigerung insbesondere durch Investitionen und Verstaatlichungen im Eisenbahnsektor verursacht war und größtenteils durch gestiegene Einnahmen, ebenfalls aus den Eisenbahnen, kompensiert wurde. Außerdem wuchsen die Budgetzahlen aufgrund einer geänderten Gebarung der zum Finanzministerium ressortierenden Kassenverwaltung a; durch die Änderungen wurden in steigendem Maß Einnahmen- und Ausgabenposten aus Gründen interner Verrechnung doppelt gebucht und lassen den Staatshaushalt vordergründig größer erscheinen, als er in Wirklichkeit war.



Grafik. 2: Militärausgaben vor 1914

Aussagekräftiger als der Anteil des Militärs an den Staatsausgaben sind der Anteil am BIP sowie die absolute Höhe der Militärausgaben. Für beide Größen gilt in der Zeit vor 1914, dass in Perioden ohne Krisen und Kriege eine recht gleichmäßige Entwicklung erfolgte. In diesen Zeiten wuchsen die Militärausgaben nominal um knapp 2,5 Prozent jährlich und entsprachen bis Mitte der achtziger Jahre etwas über zwei Prozent des BIP, danach etwa 2,5 Prozent. Ausgenommen von dieser Entwicklung, die sich prinzipiell bis in den Vormärz zurückverfolgen lässt, waren die lange Revolutions-, Krisen- und Kriegsperiode von 1848 bis 1866, das Jahr der Okkupation Bosniens 1878 und die Jahre der Balkankrisen und -kriege, beginnend mit der Annexionskrise 1908. Besonders ausgeprägt waren die Trendabweichungen 1849, 1854/55, 1859 und 1866; in diesen Jahren waren die Militärausgaben mehr als doppelt so hoch (5,5 bis 6 Prozent des BIP), als unter Friedensbedingungen normal gewesen wäre. Die Ok-

Weimar 2013, 55; Quelle ist Josef Wysocki, Die österreichische Finanzpolitik, in: Alois Brusatti (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung, Wien 2005, 92.

kupation Bosniens ließ die Militärausgaben, allerdings nur für das Jahr 1878, auf 3,5 Prozent des bip ansteigen. Mit der Annexion Bosniens stiegen die Ausgaben zwar an, einen ausgeprägten Sprung gab es aber erst 1913 mit 3,7 Prozent des bip, das war eine Zunahme um 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. In absoluten Zahlen bedeutete dies im Jahr 1913 Ausgaben von 1,1 Milliarden Kronen, das ergab zum Beispiel gegenüber dem Kriegsjahr 1866 nominal mehr als eine Verdoppelung und real einen Anstieg um ungefähr 70 Prozent (die Preise waren in derselben Zeit nur um ein Viertel gestiegen, der restliche Anstieg wurde durch das gestiegene Realeinkommen möglich). In diesem Jahr lagen die Ausgaben damit ungefähr 85 Prozent über dem langfristig normalen Niveau. Dieser Wert indiziert allerdings keine Veränderung im Trend (also die Anhebung des Niveaus normaler Ausgaben in Friedensjahren), sondern war krisenbedingt, nämlich durch die begrenzte vorübergehende Truppenverstärkung an der serbischen Grenze und in Galizien im Zusammenhang mit den Balkankriegen verursacht. Im ersten Halbjahr 1914 gingen die Verteidigungsausgaben leicht zurück.

Der Vergleich dieses Aufwands mit den Bemühungen der Verbündeten und der Gegner ergibt, dass Österreich-Ungarn gemessen an der Bevölkerungszahl und an der Wirtschaftsleistung verhältnismäßig wenig für das Militär vorsah.²⁰ Bezogen auf die Wirtschaftsleistung gab Österreich-Ungarn im Jahrzehnt vor dem Krieg weniger für seine bewaffnete Macht aus als Großbritannien, Frankreich, Russland, Deutschland oder Italien. Erst 1913 erreichte es den Wert Großbritanniens, das in den Jahren nach dem Zweiten Burenkrieg nach und nach seine Militärausgaben auf ein moderates Ausmaß gesenkt hatte. Hoch waren die Ausgaben mit ungefähr fünf Prozent des Volkseinkommens in Russland (auch wenn man die Ausnahmejahre des Russisch-Japanischen Kriegs außer Acht lässt), Deutschland und Italien. Alle drei Staaten hatten aber diesen Anteil im Jahr 1913 noch erhöht. In Normalzeiten lag er in Deutschland um ein bis 1,5 Prozentpunkte über dem österreichisch-ungarischen, in Russland um 1,5 bis zwei Prozentpunkte, in Italien um 0,5 bis 1,5 Prozentpunkte. Großbritannien lag mit einem Plus von 0,5 bis einem Prozentpunkt am nächsten.

Auch pro Kopf der Bevölkerung lagen die Militärausgaben in Österreich-Ungarn 1913 mit etwas über 20 Kronen niedrig, und befanden sich nur unwesentlich über den russischen Ausgaben und weit hinter jenen Italiens (27 Kronen) und insbesondere Frankreichs (40 Kronen), Deutschlands (44 Kronen) und Großbritanniens (45 Kronen). In Summe ergibt dies die niedrigsten Ausgaben aller genannten Mächte mit Ausnahme Italiens, das indessen trotz geringerer Bevölkerung (aber nicht viel geringerer Pro-Kopf-Einkommen) doch umgerechnet 950 Millionen Kronen ausgab. In Frankreich betrug der entsprechende Wert 1,6 Milliarden, in Großbritannien 1,9 Milliarden, in Russland 2,4 Milliarden und in Deutschland 2,8 Milliarden Kronen.

Diese Angaben, die auf Seiten Österreich-Ungarns eine unzureichende militärische Vorbereitung auf den Krieg indizieren, müssen allerdings geringfügig relativiert werden. In der Planung Österreich-Ungarns lag das Schwergewicht eindeutig auf dem Krieg zu

20 David Stevenson, *Armaments and the Coming of War. Europe 1904–1914*, Oxford 1996, Tab. 1, 2, 4, 5, 8. Stevenson bezieht die Ausgaben auf das Nettosozialprodukt.

Land. Die Marineausgaben bewegten sich normalerweise bei 0,3% des bip (unter 15% der gesamten Militärausgaben) und stiegen erst in den letzten Jahren vor dem Krieg etwas an (1913 lagen sie bei 0,7%). So niedrige Marineausgaben erreichten die anderen genannten Mächte so gut wie nie. Deutschland reservierte 20–30% der Militärausgaben für die Marine, Frankreich 25 bis über 30%, Italien 30–35% und Großbritannien (abgesehen von den Jahren des Burenkriegs) 55 bis über 60%. Selbst die russischen Marineausgaben waren mit bis zu einem Viertel der Verteidigungsausgaben gewichtiger als die österreichisch-ungarischen. Dies bedeutet, dass die österreichisch-ungarischen Heeresausgaben zwar immer noch gering waren, aber nicht um so vieles hinter den Heeresausgaben der anderen Mächte zurücklagen, wie es die militärischen Gesamtzahlen vermuten ließen. 1912 etwa gab Österreich-Ungarn etwa 660 Millionen Kronen für Armee und Landwehr aus, Italien 450 Millionen, Großbritannien 675 Millionen, Frankreich eine Milliarde, Deutschland 1,25 Milliarden und Russland 1,6 Milliarden. Von den Ausgaben der genannten Mächte für die Armee entfielen also kurz vor dem Krieg auf Österreich-Ungarn knapp 11%, von den Marineausgaben knapp 6% (insgesamt 9%). Es ist klar, dass für die Kriegsfälle, auf die sich Österreich-Ungarn vorbereitete, die eigene Marine eine untergeordnete Bedeutung hatte.²¹

Die niedrigen Ausgaben ergaben sich zu einem guten Teil aus einer verhältnismäßig niedrigen Rekrutierungsquote. Die Wehrdienstgesetze sahen seit der Zeit nach dem Ausgleich einen dreijährigen aktiven Dienst im Heer vor (dazu sieben Jahre in der Reserve). 1912 wurde die Regelung geändert, ab nun betrug die aktive Zeit nur mehr zwei Jahre, die Zeit in der Reserve dafür zehn Jahre (für die Marine und einzelne Truppenteile galten zu allen Zeiten abweichende Regelungen).²² Als Kriegsstand wurde 1868 eine Stärke von 800.000 Mann (einschließlich Reserve) festgelegt. Das Wehrdienstgesetz 1889 sah die Rekrutierung von jährlich etwas über 100.000 Mann für Heer und Kriegsmarine vor. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1910 umfasste das aktive Militär in Österreich-Ungarn knapp 390.000 Mann. 1912 wurde, entsprechend der verkürzten aktiven Dienstzeit, der Rekrutenstand erhöht und sollte nach einer dreijährigen Übergangszeit knapp 160.000 Mann jährlich umfassen (die Aufteilung auf die beiden Staaten hatte nach der Bevölkerungszahl zu erfolgen); dazu kamen die Landwehren. In Zisleithanien bedeutete dies zusammen mit den Vorgaben für die Landwehr, dass ziemlich genau die Hälfte jedes Jahrgangs im stellungspflichtigen Alter einzuberufen war (vorher hatte die Quote etwa 35% betragen, allerdings bei längerer Aktivzeit), diente aber zunächst nicht und war daher im Kriegsfall nicht Teil der sofort verfügbaren ausgebildeten Reserve. Insgesamt sollte sich durch diese Maßnahmen der Aktivstand (und die Kosten) nur mäßig erhöhen, die aktive Zeit jedes einzelnen Soldaten deutlich verkürzen, der Kriegsstand hingegen durch die höhere Erfassungsquote und die Verlängerung der Reservedienstzeit im Lauf der Übergangszeit aber beträchtlich erhöhen. Unmittelbar vor Kriegsausbruch betrug

21 In diesem Sinn auch Generalstabschef Conrad, vgl. Lawrence Sondhaus, Franz Conrad von Hötzendorf: architect of the apocalypse, Bosten/Leiden/Köln 2000, 105.

22 Zum Folgenden RGBl 151/1868, 41/1889, 128/1912.

der Friedensstand der Armee 450.000 Mann, der Kriegsstand nach der Mobilisierung 3,35 Millionen. Diese Zahl schließt allerdings Personen ohne Ausgebildete und Hinterlands-Formationen mit ein. Die Streitkräfte auf dem Balkan und dem nördlichen Kriegsschauplatz umfassten beim Aufmarsch 1914 1,4 Millionen Mann zuzüglich Train-, Sanitäts- und Verbindungstruppen, zusammen 1,8 bis zwei Millionen Mann.²³ Aus der Sicht der Regierung war die Verfügbarkeit von Personal nicht der limitierende Faktor, wohl aber die verfügbare Ausrüstung.²⁴ Erst mit den enormen Verlusten im Verlauf des Krieges wurden auch die personellen Möglichkeiten zum Problem.

Im Vergleich zu Österreich-Ungarn war beispielsweise die Friedenspräsenzstärke des deutschen Militärs nicht ganz doppelt so hoch, was einerseits an der um ein Viertel zahlreicheren Bevölkerung, andererseits an der höheren Rekrutierungsquote lag (in Deutschland waren 1,25% der Bevölkerung beim Militär, in Österreich-Ungarn 0,75%). Die Militärausgaben in Deutschland waren zwar fast dreimal so hoch wie in Österreich-Ungarn, die Heeresausgaben aber nur etwa doppelt so hoch. Das bedeutet, dass die Ausgaben im Verhältnis zur Zahl der Heeresangehörigen in Deutschland um etwa ein Viertel über jenen in Österreich-Ungarn lagen. Höhere Rekrutierungsquote und höhere Sachausgaben führten klarerweise zu einer größeren militärischen Schlagkraft des deutschen Heeres.

Faktische Kriegskosten

Bevor die institutionelle Anpassung der österreichischen Wirtschaft an die Kriegserfordernisse diskutiert wird, ist es sinnvoll, die Militärausgaben vor dem Krieg dem faktischen Kriegsaufwand Österreich-Ungarns gegenüberzustellen. Es muss betont werden, dass der faktische Kriegsaufwand nicht genau der Aufwand ist, den man bei Wissen über den Gang der Dinge im vorhinein für notwendig gehalten hätte (und der in diesem Fall das Ziel der strategischen Planung gebildet hätte), sondern nur jener Aufwand, der unter teils unerwarteten Bedingungen realisierbar war. Der „ideale“ Aufwand bei vollständiger vorheriger Information wäre vermutlich im Umfang und in der Struktur anders gewesen.

Dennoch gibt der faktische Aufwand Hinweise darauf, welche Ausgabenbereiche wohl unter allen Umständen wichtig gewesen wären. Erforscht wurden die Kriegsausgaben bereits früh, nämlich in den Bänden des großen internationalen Forschungsprojekts über die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges, das die Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden finanzierte. Eingehend wurden sie von Wilhelm Winkler im Band über Einkommen während des Weltkrieges dargestellt, wo der Autor die Wohlstandseffekte des Krieges in einem umfassenden Sinn behandelt.²⁵

23 Österreich-Ungarns letzter Krieg 1914–1918. Erster Band: Das Kriegsjahr 1914. Vom Kriegsausbruch bis zum Ausgang der Schlacht bei Limanowa-Łaponów, Wien 1930, 80–81.

24 „Stürgkh gibt zu, dass wir sehr viel mehr Leute an die Grenze schicken könnten, dass es aber an Gewehren, Kanonen, Monturen und Kriegsmaterial überhaupt fehle. Alte Sünden, die sich jetzt rächen!“, zit. in: Redlich, Schicksalsjahre Österreichs I, 664 [19. 9. 1914].

25 Wilhelm Winkler, Die Einkommensverschiebungen in Österreich während des Weltkrieges, Wien/New Haven 1930.

Die gesamten Kriegskosten umfassen die fiskalischen Kosten und die sonstigen volkswirtschaftlichen Kosten. Die fiskalischen Kosten sind nominal in etwa bekannt, der reale Wert kann mehr oder weniger plausibel abgeschätzt werden. Die sonstigen volkswirtschaftlichen Kosten können in wichtigen Teilbereichen der Höhe nach kaum bestimmt werden, auch wenn bekannt ist, dass es Kosten gab.

Die fiskalischen Kosten sind in den Zahlen des nominalen Kriegsaufwands der Staatsverwaltung dokumentiert. In den Staatsausgaben erscheinen sie hauptsächlich als österreichische und ungarische Beiträge zu den gemeinsamen Mobilisierungsauslagen. Dazu kamen in jedem der beiden Staaten die Finanzierungskosten der entsprechenden Kredite sowie gewisse kriegsbezogene Ausgaben, vor allem Unterhaltsbeiträge für Soldatenfamilien, aber auch zum Zahlungen zum Zweck der Fürsorge für Flüchtlinge, zum Wiederaufbau in Kriegsgebieten und andere Ausgaben. Im Fall Österreichs betrug der Beitrag zu den gemeinsamen Mobilisierungskosten nominal ungefähr 44 Milliarden Kronen (etwa zwei Drittel der gemeinsamen Kosten). Die Unterhaltsbeiträge kamen im Fall Österreichs auf sieben Milliarden Kronen, gegen vier Milliarden Kronen Kreditfinanzierung (zusätzlich zu den Krediten der Friedenszeit) und gegen drei Milliarden Kronen für sonstige Kriegsfolgen. Die gesamten Einnahmen und Ausgaben können aufgrund von Änderungen in der Kassenverrechnung und in der Trennung zwischen etatmäßiger und außeretatmäßiger Gebarung für die ersten beiden Jahre mit größerer Sicherheit angegeben werden als danach. Demnach war 1914/15 das erste Jahr seit 1878, in dem die Reichsratsländer ein Primärdefizit im Staatshaushalt erwirtschafteten (auch 1878 waren gestiegene Militärkosten, nämlich der Aufwand für die Okkupation von Bosnien-Herzegowina der Grund für das Primärdefizit gewesen). 1914/15 betrug das Gesamtdefizit der Reichsratsländer 7,3 Milliarden Kronen, im Jahr darauf bereits 15,7 Milliarden. 1916/17 betrug das etatmäßige Defizit zusammen mit dem Beitrag zu den gemeinsamen Mobilisierungsauslagen etwa 15 Milliarden und 1917/18 knapp 20 Milliarden. Zusammen mit den Ausgaben der letzten Kriegsmonate und allfälligen außeretatmäßigen Ausgaben lassen sich die kumulierten Defizite gut mit dem jeweiligen Zuwachs der Kriegsschulden vereinbaren (im ersten Kriegsjahr neun Milliarden, im zweiten 15 Milliarden, im dritten 17 Milliarden und in den verbleibenden sechzehn Monaten 26 Milliarden, zusammen also 68 Milliarden). Die Kriegsschulden umfassen die seit Kriegsausbruch neu eingegangenen Schulden, welche ungefähr zur Hälfte des Nominales als Kriegsanleihen, zu 35 Prozent bei der Oesterreichisch-Ungarischen Bank und sonst überwiegend bei in- und ausländischen Geschäftsbanken aufgenommen wurden.

Wesentlich schwieriger ist die Feststellung des realen Werts der Kriegsausgaben und des Schuldenstands zum jeweiligen Zeitpunkt. Winkler nahm die Bewertung entsprechend einem Lebenshaltungskostenindex vor, ebenso andere Autoren, im Wesentlichen mit demselben Index wie Wilhelm Winkler.²⁶ Schwierig ist die Bewertung deshalb, weil sich der reale Wert der Kriegsausgaben und der Kriegsschulden aufgrund des Geldwertverfalls weit vom nominalen Wert entfernte und daher entsprechend der Verwendung unterschiedlicher Indices ein gewisser Spielraum besteht. Zuverlässig verfügbar sind Indices, die eine Bewertung der Papierkrone ihrem Außenwert nach erlauben, sprich nach dem Wechselkurs gegenüber den Goldwährungen (das Ergebnis ist für alle Goldwährungen

erwartungsgemäß praktisch das gleiche). Dieser Indikator ist allerdings für eine Feststellung des realen Werts der Papierkrone ungeeignet, weil der Außenhandel in jener Zeit schwer gestört war und die Papierkrone bis in die Zeit nach dem Krieg nach außen offensichtlich weit überbewertet war. In den frühen zwanziger Jahren stieg dann der Wechselkurs ungefähr auf das Niveau, das auch im Einklang mit der Entwicklung der Lebenshaltungskosten stand.

Dennoch ist der Lebenshaltungskostenindex für die Bewertung der Staatsausgaben und der Kreditaufnahme durch den Staat nur ein mehr oder weniger guter Maßstab, weil er voraussetzt, dass der Staat gleiche Preise zu zahlen hatte wie Endverbraucher. Wahrscheinlich waren die Preise für den Staat allerdings niedriger, weil der Staat Großhandelspreise zahlte und außerdem im Lebenshaltungskostenindex auch die hohen Schwarzmarktpreise enthalten sind. Ein zweiter Index Winklers, der auch Wohnungskosten einschließt, ergibt wegen der bremsenden Wirkung des Mieterschutzes auf die Mietzinse geringere Preissteigerungen. Mit beiden Indices und je nachdem aufgrund der Rechnungsabschlüsse oder des Schuldenzuwachses geschätzt, ergibt sich für die Reichsratsländer ein realer Kriegsaufwand in Höhe von 17 bis 20 Milliarden Kronen von 1913, davon etwa 70% in den ersten beiden Kriegsjahren. Der gesamte österreichische Kriegsaufwand entspricht damit zufällig ziemlich genau der Höhe des bip der Reichsratsländer, wie sie für 1913 in der Literatur angegeben



Abb. 9: Plakatwerbung für die Zeichnung der 7. Kriegsanleihe

26 Eduard März, Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923. Am Beispiel der Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Wien 1981, 198.

wird.²⁷ Insoweit der Lebenshaltungskostenindex überhöhte Werte liefert, ist der reale Kriegsaufwand der Reichsratsländer im Verhältnis zum bip der Friedenszeit höher anzusetzen. Auch im Verhältnis zum bip der Kriegszeit sind die Kriegskosten selbstverständlich gewichtiger, da das Realeinkommen während des Krieges gesunken ist. Die ungarischen Kosten standen zwar nominal in einem ähnlichen Verhältnis zum ungarischen Vorkriegs-bip (die österreichischen und ungarischen Beitragsquoten waren nicht allzuweit vom jeweiligen Anteil am gesamten österreichisch-ungarischen bip entfernt), doch dürfte das Verhältnis zwischen nominalen und realen Kosten für Ungarn ungünstiger gewesen sein, weil die Preissteigerungen dort geringer ausfielen.

Nicht enthalten in dieser Schätzung sind die außerfiskalischen Kriegskosten. Zerstörungen sind nur insofern berücksichtigt, als der Staat bereits während des Kriegs Beiträge zum Wiederaufbau leistete. Die mit dem Verlust von Menschenleben, Verlust von Ausbildungszeiten, Einkommensverlust und so weiter verbundenen Kosten sind (abgesehen von Unterhaltsleistungen) nicht berücksichtigt.

Im Verhältnis zu den jährlichen Militärausgaben der letzten Jahre vor dem Krieg betrug somit der Militäraufwand der ersten Kriegshälfte, auf Jahreswerte umgerechnet, real mindestens das Sieben- bis Achtfache, in der zweiten Kriegshälfte das Drei- bis Vierfache. Vergleicht man mit den Jahren vor den Balkankriegen, kann man eher von einer Verzehnfachung der jährlichen Ausgaben im ersten Kriegsjahr sprechen. Unter dem Gesichtspunkt solcher Zahlen sind die Ausgaben der Friedenszeit zwar relevant für die militärische Handlungsfähigkeit zu Kriegsbeginn, spielten in Anbetracht der tiefgreifenden Veränderungen der folgenden Zeit aber kaum mehr eine wesentliche Rolle.

Die Mobilisierung der Wirtschaft

Während die Kriegsvorbereitung in militärischen Angelegenheiten für Politik und Behörden eine Selbstverständlichkeit war, gilt dies für die Wirtschaft nur in beschränktem Maß. Unter „Kriegsvorbereitung“ in der Wirtschaft ist nicht der triviale Umstand zu verstehen, dass Unternehmen für Erfordernisse des Militärs produzierten und Arbeitskräfte zum Militär eingezogen wurden, sondern dass die Produktion nicht über den Markt funktionierte, sondern von der Verwaltung geplant wurde. Institutionen einer solchen Kriegswirtschaft entstanden in Österreich nach und nach ab Herbst 1914 in verschiedenen Formen. Betroffen waren vor allem Ressourcenbeschaffung und Ressourcenverwendung, die in bestimmter Weise bestimmt und beschränkt wurden, während die Produktion im Übrigen weiterhin in privaten Unternehmen stattfand.

27 Paul Bairoch, *Europe's Gross National Product 1800–1975*, in: *Journal of European Economic History* 5 (1976), 273–340; Anton Kausel, *Österreichs Volkseinkommen 1830 bis 1913. Versuch einer Rückrechnung des realen Brutto-Inlandsproduktes für die österreichische Reichshälfte und das Gebiet der Republik Österreich*, in: *Geschichte und Ergebnisse der zentralen amtlichen Statistik in Österreich 1829–1979*, Wien 1979, 689–720; Max-Stephan Schulze, *Patterns of growth and stagnation in the late nineteenth century Habsburg economy*, in: *European Review of Economic History* 4 (2000), 311–340.

Die große Ausnahme war der Verkehrssektor, das heißt in jener Zeit die Eisenbahnen.²⁸ Die österreichischen Eisenbahnen standen nach einem über Jahrzehnte erfolgten schrittweisen Verstaatlichungsvorgang und einem daneben ablaufenden staatlichen Eisenbahnbau 1913 zu ungefähr 60 Prozent im Eigentum des Staates, und die Bahnen im Privateigentum wurden überwiegend vom Staat betrieben. Die einzige große Bahn, die noch im privaten Eigentum und im privaten Betrieb stand, war die Südbahn. Die Nutzung der Eisenbahn für die eigenen Erfordernisse war für den Staat daher leicht. Darüber hinaus war der Transportsektor ein Bereich, in dem seitens des Militärs klare Vorstellungen und Pläne für die Nutzung im Kriegsfall bestanden, weil die Eisenbahn für den Aufmarsch essentiell war. Aufgrund der bekannten Kapazität der vorhandenen Eisenbahnlinien, der bekannten Zahlen rollenden Materials und damit der täglichen Maximalzahl von Zügen war es prinzipiell möglich, den Grad der minimalen und der vollen Operationsbereitschaft zeitlich genau zu bestimmen.²⁹ Der Eisenbahnaufmarsch funktionierte in den kriegführenden Staaten im Allgemeinen klaglos. Die Ausnahme war Österreich-Ungarn, da ein verspäteter Aufmarsch gegen Russland, während die Transporte bereits auf den Balkan unterwegs waren, nicht vorgesehen war und die Pläne erheblich störte.

Auf den Strecken nach Galizien (es gab sieben Hauptverbindungen, die jeweils ein System von Strecken umfassten) konnten 140 Zugpaare täglich verkehren, davon waren acht Postzüge, der Rest von 132 hingegen effektiv für den Aufmarsch nutzbare Züge. Diese Kapazität wurde aber erst im Lauf einiger Tage erreicht, da Maschinen und Personal erst zusammengezogen werden mussten.³⁰ Die allgemeine Mobilmachung wurde am 31. Juli 1914 befohlen, der erste Mobilisierungstag gegen Russland war aber erst der 4. August, da bereits zu viele Ressourcen für den Aufmarsch gegen Serbien in Anspruch genommen waren. Die Kriegsfahrordnung gegen Russland galt ab dem 6. August. An diesem Tag waren 40 Züge verfügbar, dann 55, 66 und 92, zusammen somit 253 Züge. Ab dem siebenten Mobilisierungstag, also ab dem 11. August, war die volle Leistung der Verbindungen, also täglich 132 Züge, erreicht. Es war in den Planungen vorgesehen, den Aufmarsch bis zum 27. Mobilisierungstag abzuschließen. Auf russischer Seite war die Kapazität mit 260 Zugpaaren täglich deutlich höher, im Einklang mit der größeren Zahl von Truppen.

Zu diskutieren wäre, ob ein umfangreicherer Aufmarsch mit den vorhandenen Eisenbahnen ebenfalls möglich gewesen wäre. Die Gesamtzahlen für Deutschland und die Beladezahlen für österreichisch-ungarische Züge indizieren, dass knapp die Hälfte der Wagen für den Personentransport, 35% für Material und etwa 17% für den Pferdetransport erforderlich waren.³¹ Pro Million Mann samt den dazugehörigen Pferden

28 Zum Eisenbahnwesen bei den kriegführenden Mächten: David Stevenson, *War by Timetable? The Railway Race before 1914*, in: *Past and Present* 162 (1999), 163–194, hier 165.

29 Instruktiv dazu Österreich-Ungarns letzter Krieg, 15, Beilagen 3 und 5.

30 Dazu und zum Folgenden: Österreich-Ungarns letzter Krieg, 15, 21, 163. Die Angabe von 400.000 Wagen beruht offensichtlich auf einem Druckfehler.

31 Deutschland transportierte 2,070.000 Mann, 118.000 Pferde und 400.000 Tonnen Material. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Bearbeitet im Reichsarchiv. die militärischen Operationen zu Lande. Das deutsche Feldeisenbahnwesen. Erster Band: Die Eisenbahnen zu Kriegsbeginn, Berlin 1928, 33.

und dem Material benötigte man etwa 57.000 Waggonen oder 1.150 hundertachsige Züge. Demnach war es möglich, bis 10. August insgesamt ungefähr 220.000 Mann und danach täglich 115.000 Mann (jeweils samt Pferden und Material) ins galizische Ausladegebiet transportieren. Vorgesehen war eine volle Einsatzbereitschaft am 27. Mobilisierungstag (31. August). Bis zu diesem Zeitpunkt hätten die Eisenbahnen somit maximal 2,6 Millionen Mann nach Galizien transportieren können. In Anbetracht der gesamten Truppenstärke von vielleicht 1,1 Millionen Mann (800.000 Mann Kampf-, Fahr- und technischen Truppen und ungefähr 300.000 Mann Train-, Sanitäts- und Verbindungspersonal) auf dem nördlichen Kriegsschauplatz war die Eisenbahn also ebenfalls kein limitierender Faktor wie die Verfügbarkeit von Männern im wehrfähigen Alter.³²

Dass hinsichtlich der logistischen Erfordernisse die Vorbereitung auf den Krieg somit ausreichend war, ist nicht verwunderlich, weil diese Notwendigkeiten bei jedem denkbaren Kriegsfall, also auch bei einem kurzen Krieg, auf der Hand lagen. Dies gilt auch für das Gesetz betreffend die Stellung der Pferde und Fuhrwerke von 1912, das für den Mobilisierungsfall und für die Ergänzung auf den Kriegsstand die Pferdebesitzer verpflichtete, ihre Pferde samt zugehöriger Ausrüstung gegen Entschädigung dem Staat zu überlassen. Ausgenommen von dieser Bestimmung waren nur Pferdebesitzer mit Bedürfnissen, die an Wichtigkeit den Kriegserfordernissen vorangingen, etwa die „Mitglieder des kaiserlichen Hauses“, oder „Fürst Liechtenstein mit den für seinen persönlichen Gebrauch erforderlichen Pferden“, usw.³³

Hinsichtlich jener Erfordernisse, die in einem kurzen Krieg weniger dringlich sind, aber in einem langdauernden Krieg bedeutsam werden, insbesondere hinsichtlich der Sicherung der industriellen Produktion, beschränkte sich die Vorbereitung auf die im Kriegsleistungsgesetz 1912 festgelegten Angelegenheiten. Das Kriegsleistungsgesetz sah für den Fall kriegerischer Bedrohung oder eines ausgebrochenen Kriegs in allgemein gehaltener Formulierung vor, dass die Besitzer von Verkehrs- und Industrieunternehmen auf Anforderung verpflichtet seien, den Betrieb weiterzuführen oder ihn zur Weiterführung abzugeben, wobei die Kosten abzugelten waren. Voraussetzung der Anforderung war, dass die Beschaffung der Leistungen nach den im Frieden üblichen Modalitäten nicht rechtzeitig oder nur mit unverhältnismäßigem Kostenaufwand möglich war. Männer bis zum Alter von fünfzig Jahren waren mit gewissen Ausnahmen verpflichtet, im Arbeitsverhältnis zu verbleiben.³⁴ Auch das Kriegsleis-

Die Gesamtzahl der Züge von 20.800 ist allerdings nicht plausibel, weil sie ergeben würde, dass pro Zug nur beispielsweise 200 Mann (oder die entsprechende Menge von Pferden oder Material) unterwegs gewesen wären. Das wären pro Zug nur vier Wagen gewesen. In Österreich-Ungarn wurde ein Wagen wie folgt beladen: 38–40 Mannschaftspersonen; oder 24 Offiziere (im Folgenden werden durchschnittlich 30–35 Personen pro Wagen gerechnet, was eher unter dem tatsächlichen Durchschnittswert liegt); oder sechs Pferde mit drei Soldaten; oder zehn Tonnen Material.

32 Es wurden 670 Bataillone (zu 1.000 Mann), 330 Schwadronen (zu 180 Mann) und 330 Batterien (zu 196 Mann) zusammengezogen; Train-, Sanitäts- und Verbindungspersonal sind in diesen Zahlen nicht enthalten, die dafür geschätzte Zahl entspricht der für die gesamten Streitkräfte angegebenen Quote. Österreich-Ungarns letzter Krieg, 80, 158.

33 RGl 235/1912.

34 Gesetz vom 26. Dezember 1912, betreffend die Kriegsleistungen, RGl 236/1912, §§ 1, 6 und 18.

tungsgesetz bot also die Basis für kurzfristig wirksame Entscheidungen (vor allem im Transportbereich), aber eben auch für längerfristig wirksame Entscheidungen, etwa in der industriellen Produktion.

Konkrete Maßnahmen zur Sicherung der industriellen Produktion erfolgten aber erst nach einigen Kriegsmonaten. Dabei entstand eine große Zahl von Organisationen in verschiedenen Rechtsformen, deren Aufgaben in der Beschaffung von Roh- und Altstoffen, der Evidenzhaltung solcher Stoffe, der Bedarfserhebung und Zuteilung an Unternehmen bestand.³⁵

Folgende Einrichtungen kann man unterscheiden:

- Bereits im Herbst 1914 wurden unter der Bezeichnung „Zentrale“ Einrichtungen gegründet, deren Aufgabe insbesondere die gemeinsame Beschaffung bestimmter Rohstoffe war. Jede Zentrale war auf ein bestimmtes Produkt oder eine Produktgruppe spezialisiert, es gab also eine Baumwollzentrale, eine Wollzentrale, eine Metallzentrale (für Nichteisenmetalle), eine Öl- und Fettzentrale, eine Häute- und Lederzentrale, usw. Den ganzen Krieg hindurch wurden immer wieder neue Zentralen gegründet, etwa die Flachszentrale im Dezember 1916, die Leinenzentrale im Mai 1917, die Hanfzentrale im August 1917 und die Korkeinkaufs-Gesellschaft im September 1918. Obwohl die Bezeichnung als „Zentrale“ einen hauptsächlich administrativen Charakter nahelegt, waren die Zentralen in der Regel Kapitalgesellschaften (teils Aktiengesellschaften, teils Gesellschaften mit beschränkter Haftung), die von den Unternehmen der jeweiligen Branche gemeinsam gegründet wurden und den Einkauf und die Vermarktung „zentralisierten“. Ausnahmen im rechtlichen Sinn waren die Baumwollzentrale (die erste Gründung), die Vereins- oder Verbandscharakter hatte, und die durch Verordnung der Regierung gegründete Zuckerzentrale und die Spirituszentrale, die aber dieselben Zwecke verfolgten. Praktisch lief die Gründung der Zentralen auf eine Kartellierung aller wesentlichen Industriebranchen hinaus. Dies ist auch der Grund dafür, dass die Eisenindustrie, die ohnehin bereits in der Friedenszeit kartelliert war, keine eigene Zentrale gründete.
- Im zweiten Kriegsjahr entstanden die ersten „Kriegsverbände“, das waren Verbände der „Verbraucher“, worunter nichts anderes als die Unternehmen zu verstehen sind, die Rohstoffe verbrauchten. Von den Zentralen unterschieden sich die Kriegsverbände sowohl in der Rechtsform und in ihrem Zustandekommen als auch in ihren Aufgaben. Es handelte sich nämlich nicht um Kapitalgesellschaften, sondern um juristische Personen eigener Art, die durch Regierungsverordnung gegründet wurden.³⁶ Ihre Aufgaben bestanden in der Evidenzhal-

35 Eingehend zum gesamten Fragenkomplex Richard Riedl, *Die Industrie Österreichs während des Krieges*, Wien/New Haven 1932.

36 So die Verbände der Öl- und Fettindustrie (RGBl 94/1916), der Wollindustrie (RGBl 113/1916), der Leinenindustrie (RGBl 114/1916), der Preßhefeindustrie (RGBl 239/1916), der Baumwollindustrie (RGBl 273/1916), der Seidenindustrie (RGBl 315/1916), der Hanf- und Juteindustrie (RGBl 316/1916),

tung von Rohstoffbeständen, der Bedarfserhebung, der Quotenzuteilung und der Mitwirkung an der Preisregelung. In der späteren Kriegsphase – noch bis zum Spätsommer 1918 wurden neue Verbände gegründet – war bei der Gründung bereits an die Tätigkeit der Verbände in der Übergangs- und Friedenswirtschaft gedacht. Jeder Verband hatte als Organ eine Vollversammlung, einen Ausschuss, eine Geschäftsleitung und einen Präsidenten. Die Vollversammlung bestand aus den Unternehmen der Branche, der Ausschuss wurde in der Regel aus der Vollversammlung bestellt und die Geschäftsleitung aus dem Ausschuss. Geschäftsleitung und Präsident wurden vom Handelsminister (teilweise gemeinsam mit einem anderen Minister) bestellt. Dazu bestand ein weitgehendes Aufsichts- und Eingriffsrecht der Regierung durch die Tätigkeit von Regierungskommissären, die sämtliche Geschäfte beaufsichtigen durften und Rede-, Antrags- und Veto-recht hatten. Für Streitigkeiten zwischen Verbandsmitgliedern (immerhin ging es um essentielle Geschäftsfragen wie die Zuteilung von Ressourcen) bestand ein Schiedsgericht, das ebenfalls von der Regierung ernannt war.

- Eine weitere Organisationsform waren die „Kommissionen“, die im Wesentlichen gleiche Aufgaben wie die Verbände erfüllten, aber in ihrer Zusammensetzung einfacher gestaltet waren. Einberufen wurden sie ebenfalls vom Handelsminister, auch die Vorsitzenden wurden vom Minister bestimmt. Beispiele dafür sind die Harzkommission oder die Altpapierkommission.³⁷
- Ein Produkt der letzten Kriegsphase waren die „Wirtschaftsausschüsse“, ebenfalls vom Handelsminister ernannt, die für die Übergangswirtschaft eingerichtet wurden und die lediglich beratende Tätigkeit haben sollten.

Außer der Einrichtung dieser Verbände regulierte die Regierung die Wirtschaft insbesondere auch durch Preisfestsetzungen, was Grundlage der Tätigkeit der Verbände war. Ansonsten erließ die Regierung eine enorme Zahl von Verordnungen, die Bestandserhebung und Zwangsablieferung von Roh- und Altstoffen zum Thema hatten, eine Reihe von Behörden ins Geschehen einbanden und einen immer detaillierteren Charakter erhielten.

So kam es beispielsweise im Bereich der Nichteisenmetalle zu folgenden Maßnahmen auf dem Verordnungsweg:

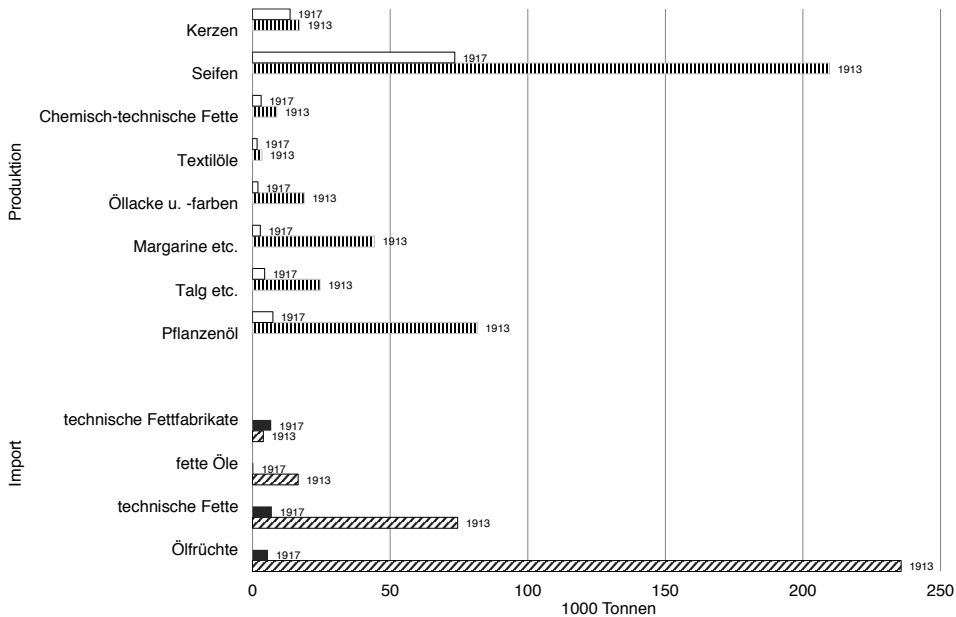
der Kartoffeltrocknungsindustrie (RGBl 340/1916), der Kartoffelstärkeindustrie (RGBl 342/1916), der Eisengießereien (RGBl 44/1917), der Ledererzeuger (RGBl 100/1917), der lederverarbeitenden Gewerbe (RGBl 100/1917), der Kautschukindustrie (RGBl 326/1917), der Papierindustrie (RGBl 333/1917), der Porzellanindustrie (RGBl 366/1917), der Erzeuger von landwirtschaftlichen Maschinen (RGBl 400/1917), der Asbestindustrie (RGBl 423/1917), der Ziegelindustrie (RGBl 506/1917), der Zementindustrie (RGBl 507/1917), der freien Frachtschiffahrt und der Linienschiffahrt (RGBl 28/1918), der Kunstdüngerindustrien (RGBl 168/1918), der Sensen- und Sichelherzeuger (RGBl 169/1918), der Papierwaren- und Pappwarenerzeuger (RGBl 218/1918), der Metallindustrie (RGBl 263/1918), der Metallwarenerzeuger (RGBl 264/1918), der Emailblechgeschirrerzeuger (RGBl 280/1918), des Baugewerbes (RGBl 287/1918) und der korkverarbeitenden Gewerbe (RGBl 330/1918).

37 RGBl 184/1916, 215/1916.

- 7. Februar 1915: Verpflichtende Anzeige von Nichteisenmetallen bei der Politischen Behörde 1. Instanz; Verbot der Veräußerung und Verarbeitung; Anmeldung zur Übernahme bei der Militärverwaltung
- 19. März 1915: Zuständigkeit für Begutachtung und Ausführung bei der interministeriellen k. k. Zentralrequisitionskommission; Zuständigkeit für faktische Übernahme bei der interministeriellen k. k. Übernahmekommissionen; Durchführung der faktischen Übernahme
- 29. März 1915: Anzeige von Halb- und Fertigfabrikaten aus Nichteisenmetallen bei der Politischen Behörde erster Instanz
- 19. April 1915: Anzeige von Betriebseinrichtungen aus Nichteisenmetallen bei der Politischen Behörde erster Instanz; Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot,
- 27. Mai 1915: Übernahme der Halbfabrikate durch die k. k. Übernahmekommission
- 26. Oktober 1915: Faktische Ablieferung einschließlich der Halbfabrikate bei der k. k. Übernahmekommission
- 1. März 1916: Einschränkung der Verwendung von Nichteisenmetallen in der Produktion
- 11. November 1916: Übernahme von Kupfer auf Gebäuden; Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot
- 6. Dezember 1916: Anzeige von Kupferzylindern der Badeöfen bei der Gemeinde; Verkauf der Kupferzylinder an die Metallzentrale AG oder Ablieferung an die k. k. Übernahmekommission
- 23. Februar 1917: Austausch der Türbeschläge durch vom Ministerium für öffentliche Arbeiten lizenzierte Unternehmen
- 12. März 1917: Anzeige der Starkstromleitungen an die k. k. Zentralrequisitionskommission; Handelsverbot mit Starkstromleitungen
- 24. Mai 1917: Ausbau von Nichteisenmetallen aus Betriebsanlagen durch eine interministerielle Kommission unter Begleitung von Sachverständigen; Veräußerung an die Metallzentrale AG.
- 25. Juni 1917: Ablieferung von Kupfer-, Nickel und Aluminiumobjekten aller Art an die „Übernahmskommission“ oder Veräußerung an die Metallzentrale AG.
- 8. Oktober 1917: Ablieferung der Zinnleitungen und Zinnsiphonköpfe der Sodawasserflaschen an die Übernahmskommission oder Veräußerung an die Metallzentrale AG.
- 29. Oktober 1917: Veräußerungsverbot von Zinn-Orgelpfeifen; Ausbau von Zinn-Orgelpfeifen durch lizenzierte Orgelbaumeister
- 29. April 1918: Ablieferung von Kupfer in Elektrizitäts-Betriebsanlagen an die Metallzentrale AG.

Ähnliche Regulierungen erfolgten für andere Produktbereiche.

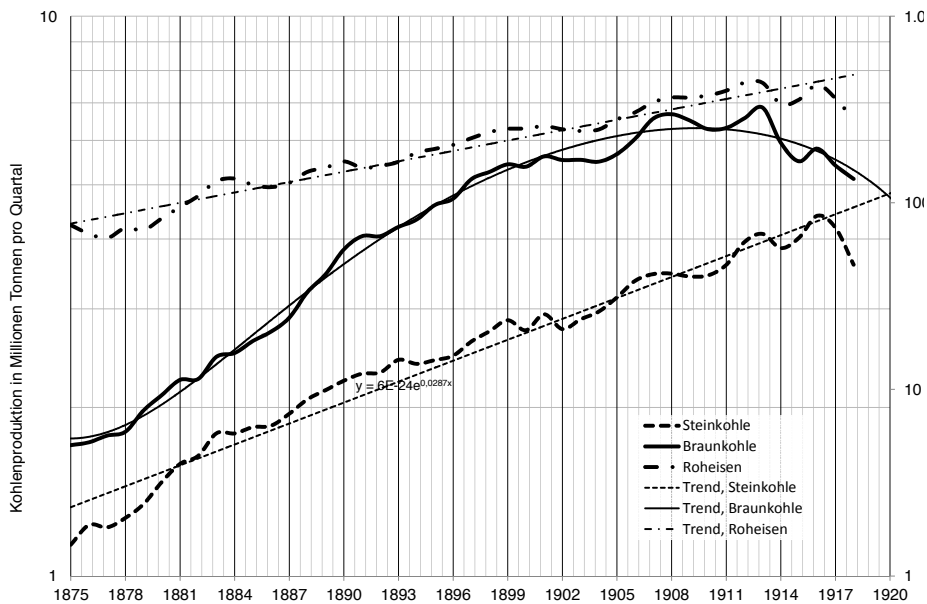
Die Produktionsentwicklung in den verschiedenen Produktbereichen war ganz unterschiedlich, wofür in erster Linie die Störung des Außenhandels verantwortlich war, die sich je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich auswirkte. Ein Beispiel ist die Öl- und Fettindustrie, deren Produktion bis 1917 auf einen Bruchteil des Niveaus von 1913 sank, entsprechend den nahezu vollständig ausfallenden Importen.



Grafik 3: Öle und Fette

Im Unterschied dazu entwickelte sich die Produktion von Roheisen und Kohle entsprechend der Verfügbarkeit im Inland nicht ungünstig.³⁸ Es gab zwar 1914 zunächst einen Produktionsrückgang, dann aber wieder eine Erholung, die bei der Roheisenproduktion 1916 nahezu auf das frühere Niveau führte und bei Steinkohle 1916 einen Rekordwert ergab. Die Steinkohlenproduktion 1916 lag damit im steilen Aufwärtstrend der vorangegangenen Jahrzehnte. Die Braunkohlenproduktion erholte sich im Gegensatz dazu nicht wieder auf das frühere Niveau.

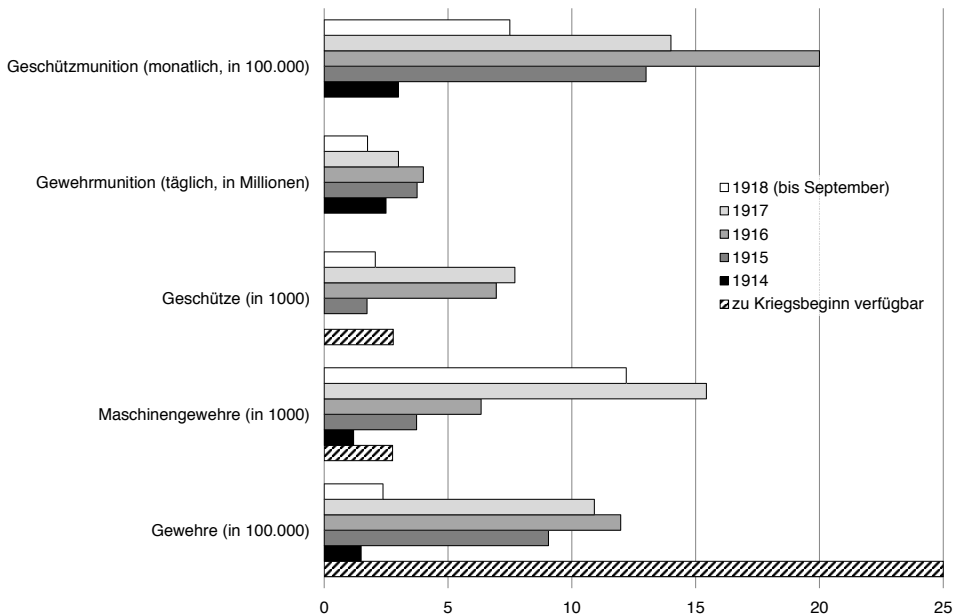
38 Riedl, *Industrie*, 269–287; Emil Homann-Herimberg, *Die Kohlenversorgung in Österreich während des Krieges*, Wien/New Haven 1925; Heinrich Mejzlik, *Die Eisenbewirtschaftung im Ersten Weltkrieg. Die Planwirtschaft des k. u. k. Kriegsministeriums*, Wien 1977; Otto Hwaletz, *Die österreichische Montanindustrie im 19. und 20. Jahrhundert*, Wien/Köln/Weimar 2002.



Grafik 4: Eisen und Kohle

Sowohl bei Eisen als auch bei Kohle sank 1917 die Produktion dann ab, was bedeutete, dass man bei Braunkohle 1918 ungefähr die Produktion von 1897 erreichte, bei Eisen jene von 1905 und bei Steinkohle die Produktion von 1911. Die Arbeitsproduktivität in der Eisenindustrie war nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 1915 und insbesondere 1916 höher denn je und sank erst 1917 dramatisch ab, was als Ergebnis der schlechten Ernährung zu erklären ist.³⁹ Auch die Rüstungsproduktion, klarerweise ein zentraler Bereich der industriellen Produktion jener Jahre, wies bis 1917 beachtliche Ergebnisse auf. In der Regel war in diesem Wirtschaftszweig 1916 das Jahr mit den höchsten Produktionszahlen, bei der Erzeugung von Maschinengewehren nahm die Produktionszahl sogar 1917 noch zu, auch bei den anderen Rüstungsgütern gingen die Produktionszahlen nicht besonders stark zurück. Erst 1918 (die Abbildung zeigt allerdings nur die Ergebnisse bis September) ist mit Ausnahme der Maschinengewehrerzeugung ein Rückgang zu verzeichnen. Durchwegs gilt hier, dass die Produktion während des Krieges eine deutliche Steigerung gegenüber der Friedenszeit ergab.

39 Riedl, Industrie, 277.



Grafik 4: Rüstungsproduktion

Zusammenfassung

Die Ausführungen lassen sich so zusammenfassen, dass nach den Maßstäben der vorgesehenen Stärke des Heeres die unmittelbaren wirtschaftlichen Erfordernisse des Militärs erfüllt wurden. Dies betrifft insbesondere die Verkehrsinfrastruktur. Eine sofortige Vergrößerung des Heeres über den Mobilisierungsstand des August 1914 hinaus scheiterte offenbar an der zu geringen Verfügbarkeit von zusätzlicher Ausrüstung jeglicher Art, ein Ergebnis der geringen Militärausgaben in der Friedenszeit. Dass die Sparsamkeit beim Militäraufwand zu einer geringen Rekrutierung, mehr noch aber zu einer schwachen Ausrüstung führte, zeigt der Vergleich mit Deutschland und entspricht den Beobachtungen der Zeitgenossen. In diesem Bereich wäre eine Änderung in der Fiskalpolitik der Vorkriegszeit wirkungsvoll gewesen. Weniger klar ist, ob sich durch eine vorbereitende Politik etwas an der Industrieproduktion geändert hätte. Der Vergleich der industriellen Branchen zeigt, dass es in zentralen Bereichen gelang, die Produktion über Jahre hinweg nahezu unvermindert aufrechtzuerhalten, weil Rohstoffe aus inländischer Produktion verfügbar waren. Dort, wo dies nicht der Fall war, lag der Grund in der Störung des Außenhandels und dem daraus resultierenden Mangel an Rohstoffen.